

Umsatzsteuer



Dieser Artikel befasst sich mit grundsätzlichen Aspekten des Umsatzsteuersystems; zu länderspezifischen Besonderheiten siehe die Beiträge zur [Umsatzsteuer \(Deutschland\)](#), [Umsatzsteuer \(Österreich\)](#) sowie [Mehrwertsteuer \(Schweiz\)](#).

Die **Umsatzsteuer (USt)** ist eine [Steuer](#), die den Austausch von Leistungen (= Umsatz) besteuert. Bemessungsgrundlage ist der Erlös, den ein Unternehmer für seine Leistungen im [Inland](#) erzielt. Sie ist eine indirekte Steuer, weil Steuerschuldner (Zahlungsverpflichteter) und Steuerpflichtiger (wirtschaftlich Belasteter) nicht identisch sind.

Besteuert werden dabei [Lieferungen](#) und sonstige Leistungen gegen [Entgelt](#), die ein [Unternehmer](#) im Rahmen seines [Unternehmens](#) im Inland ausführt. Entgelt ist alles, was der Empfänger oder ein Dritter aufwenden muss, um die Leistung zu erhalten, jedoch ohne die evtl. darin enthaltene Umsatzsteuer.

Im deutschen Sprachgebrauch – ausgenommen in der [Schweiz](#) – wird seit der Harmonisierung des Steuersystems 1967 der Ausdruck „Umsatzsteuer“ gleichbedeutend mit **Mehrwertsteuer** verwendet. Dies folgt aus der Tatsache, dass das Umsatzsteuersystem in jenem Jahr auf ein Allphasennetto-System mit Vorsteuerabzug umgestellt wurde und somit nur die [Wertschöpfung](#), also der von einer Unternehmung erwirtschaftete Mehrwert, mit Umsatzsteuer belastet wird. Bezahlen muss die Umsatzsteuer in voller Höhe jedoch dennoch der Endverbraucher. Das Wort „Mehrwertsteuer“ ist zwar nicht die richtige Bezeichnung für diese Steuer, ist jedoch fälschlicherweise umgangssprachlich sehr verbreitet.

Inhaltsverzeichnis

[\[Verbergen\]](#)

[1 Systematische Einordnung](#)

[2 Geschichte der Umsatzsteuer](#)

[3 Wesen der Umsatzsteuer](#)

- [3.1 Allphasen-Netto-Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug](#)
- [3.2 Ein Beispiel](#)
- [3.3 Betriebswirtschaftliche Betrachtung](#)

[4 Kritik zur Umsatzsteuer](#)

[5 Internationaler Vergleich](#)

- [5.1 Umsatzsteuer in EU-Ländern](#)

- [5.2 Umsatzsteuer in Nicht-EU-Ländern](#)
 - [5.3 Vergleich 1976, 1987 und 2007](#)
- [6 Siehe auch](#)
- [7 Einzelnachweise](#)
- [8 Weblinks](#)

Systematische Einordnung [\[Bearbeiten\]](#)

Die Umsatzsteuer lässt sich anhand verschiedener Kriterien wie folgt im Steuersystem einordnen: Sie ist eine [indirekte Steuer](#), weil sie nicht von dem wirtschaftlich betroffenen Endverbraucher an die Finanzbehörde abgeführt wird, sondern durch einen Dritten, den Unternehmer als Steuerschuldner.

Nach der gesetzestechnischen Ausgestaltung ist die Umsatzsteuer eine [Verkehrssteuer](#), weil sie durch die Teilnahme am Leistungsaustauschverkehr ausgelöst wird: Der Wirtschaftsverkehr im Inland wird besteuert.

Bei rein wirtschaftlicher Betrachtung ist die Umsatzsteuer auch eine [Verbrauchssteuer](#), weil sie den Endabnehmer belastet, wenn dieser das jeweilige Gut konsumiert. Auch nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht die Umsatzsteuer im Schnittpunkt zwischen Verbrauch- und Verkehrssteuern. Aber gesetzestechnisch ist nach § 21 Abs. 1 UStG in Deutschland nur die Einfuhrumsatzsteuer eine Verbrauchssteuer im Sinne der [Abgabenordnung](#).

Hinsichtlich der Belastungsberechnung ist sie eine Nettosteuer, weil bei Berechnung der Zahllast nur der Nettoumsatz erfasst wird. Aus diesem Grund sehen sie viele Unternehmer (sie können die Umsatzsteuerzahllast mit den bereits bei Beschaffungsvorgängen verausgabten Umsatzsteuerbeträgen (=Vorsteuer) verrechnen) als „durchlaufenden Posten“ an.

Schließlich handelt es sich um eine [Gemeinschaftssteuer](#) im Sinne der deutschen [Finanzverfassung](#).

Geschichte der Umsatzsteuer [\[Bearbeiten\]](#)

Eine Verbrauchsabgabe gilt seit dem Mittelalter als leicht zu erhebende und ertragreiche Steuer. Unter dem lateinischen Sammelbegriff [teloneum](#) entwickelten sich in den Städten die verschiedensten Verkehr- und Verbrauchsteuern. Vom 15. Jahrhundert an werden diese Einzelverbrauchssteuern „Akzisen“ genannt und die Idee einer umfassenden Generalakzise wird erst 1754/1755 von [Graf Brühl](#) eronnen, der im [Kurfürstentum Sachsen](#) eine [Generalkonsumakzise](#) einführte, die einer modernen Umsatzsteuer glich. Auch in [Bremen](#) wurde von 1863 bis 1884 eine „allgemeine Umsatzsteuer“ erhoben.

In Deutschland führte der gewaltige Finanzbedarf im [Ersten Weltkrieg](#) 1916 zu einer reichseinheitlichen [Stempelsteuer](#) auf Warenlieferungen und 1918 zu einer Allphasen-Bruttoumsatzsteuer, die bis Ende 1967 beibehalten wurde. Der ursprüngliche Steuersatz von 0,5 Prozent stieg nach wiederholten Änderungen 1935 auf 2 Prozent, 1946 auf 3 Prozent und 1951 auf 4 Prozent an. 1978 wurde – im Rahmen der Harmonisierung der Umsatzbesteuerung innerhalb der [Europäischen Gemeinschaft](#) der Übergang zum System der Mehrwertbesteuerung mit Vorsteuerabzug vollzogen.

Innerhalb der Europäischen Union war die [6. Richtlinie zum gemeinsamen Mehrwertsteuersystem](#) vom 17. Mai 1977 die erste wichtige Vorschrift zur Vereinheitlichung des Umsatzsteuerrechts. Diese Richtlinie bildet auch die Grundlage für die Berechnung der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft aus dem Umsatzsteueraufkommen der Mitgliedstaaten. Sie enthält aus diesem Grunde umfassende Regelungen zur Abgrenzung der Umsätze und über die Bemessungsgrundlagen für die Umsatzsteuer und legt außerdem den Umfang der Steuerbefreiungen für alle Mitgliedstaaten verbindlich fest. Die 6. Richtlinie wurde durch die Richtlinie 2006/112/EG vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem ersetzt (Mehrwertsteuersystemrichtlinie). Inhaltlich unterscheidet sich die Mehrwertsteuersystemrichtlinie nicht von der 6. Richtlinie. Es hat nur redaktionelle Anpassungen gegeben. Auswirkungen auf das nationale Umsatzsteuerrecht in Deutschland ergeben sich aus der Änderung nicht.

Mit der Vollendung des [europäischen Binnenmarktes](#) sind die Zölle und [Einfuhrumsatzsteuern](#) beim Warenverkehr innerhalb der Union fortgefallen.

■ [Entwicklung der Steuersätze in Deutschland](#)

Wesen der Umsatzsteuer [[Bearbeiten](#)]

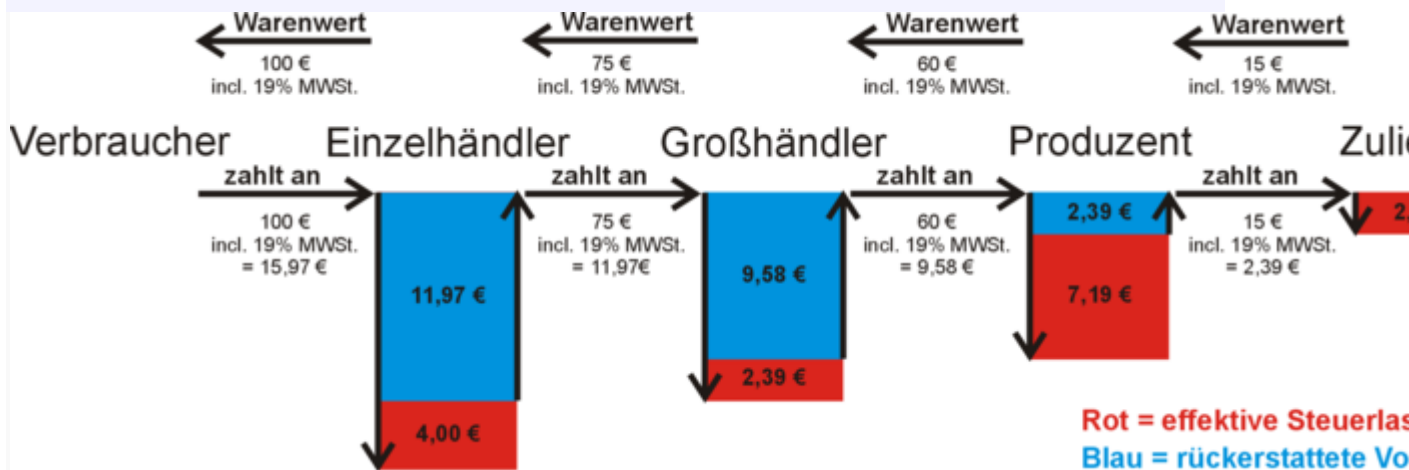
Die meisten [Wirtschaftsgüter](#) durchlaufen bis zum Endabnehmer eine Vielzahl von Phasen. Eine Ware wird in der Regel aus unterschiedlichsten Stoffen hergestellt, an einen Großhändler verkauft, der diese an einen Einzelhändler weiterveräußert, bis die Ware schließlich von diesem an den Endverbraucher abgegeben wird. Eine Umsatzbesteuerung kann in dieser [Wertschöpfungskette](#) allphasig (Anwendung auf jedes Stadium), mehrphasig (Anwendung auf einige, aber nicht alle Stadien) und einphasig (Anwendung auf nur einen Umsatzvorgang) sein.

Allphasen-Netto-Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug [[Bearbeiten](#)]

Die Umsatzsteuer wird in ihrer derzeitigen Ausgestaltung als Allphasen-Netto-Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug bezeichnet. Dies folgt daraus, dass eine Besteuerung in jedem Stadium der Wertschöpfung vorgesehen ist (Allphasensteuer). Auf der anderen Seite wird durch den Abzug der Vorsteuer erreicht, dass nur die Schöpfung des Mehrwertes effektiv besteuert wird. Schließlich gilt als Bemessungsgrundlage der Netto-Betrag und die im Preis enthaltene Umsatzsteuer ist zuvor herauszurechnen.

Ein Beispiel [\[Bearbeiten\]](#)

Zulieferer Z verkauft an den Produzenten P Zutaten für 15 €. P stellt daraus eine Ware her, die er dem Großhändler G für 60 € liefert. Dieser verkauft die Ware an den Einzelhändler E zu 75 €. Einzelhändler E schließlich veräußert diese Ware an den Endverbraucher für 100 €.



Einfaches Beispiel einer Wertschöpfungskette

Zur Berechnung der im Preis enthaltenen Umsatzsteuer, deren [Steuersatz](#) in diesem Beispiel mit 19 % angenommen wird, sind die Preise zunächst auf den Nettobetrag, also das Entgelt ohne die Umsatzsteuer, herunterzurechnen:

von -> an	Preis (brutto)	Entgelt (netto)	USt (19 %)	Vorsteuer	effektiv
von Z an P	15,00 €	12,61 €	2,39 €	0,00 €	Z führt 2,39 € ab
von P an G	60,00 €	50,42 €	9,58 €	2,39 €	P führt 7,19 € ab
von G an E	75,00 €	63,03 €	11,97 €	9,58 €	G führt 2,39 € ab
von E an V	100,00 €	84,03 €	15,97 €	11,97 €	E führt 4 € ab

Bei der Betrachtung des E wird die Funktionsweise der Umsatzsteuer klar:

- Der Verbraucher (V) zahlt 100,00 € für die Ware an den Einzelhändler (E)
- E hat die darin enthaltene USt von 15,97 € an das Finanzamt abzuführen
- E seinerseits hat 75,00 € für die Ware an den Großhändler (G) gezahlt, worin 11,97 € USt enthalten sind

- Diese Umsatzsteuer kann E als Vorsteuer von der an das Finanzamt abzuführenden USt abziehen
- Effektiv zahlt E 4,00 € an das Finanzamt.

Damit wird deutlich, dass der Endverbraucher die gesamte Steuerlast wirtschaftlich trägt (von Z 2,39 € + von P 7,19 € + von G 2,39 € + von E 4,00 € = 15,97 €), da er die Umsatzsteuer nicht als Vorsteuer geltend machen kann, obwohl die einzelnen Beträge von unterschiedlichen Teilen der Wertschöpfungskette abgeführt werden.

Betriebswirtschaftliche Betrachtung [Bearbeiten]

Die Steuer ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht zunächst kostenneutral. Weil die jeweils vereinnahmte Umsatzsteuer mit der zuvor gezahlten Vorsteuer gegenüber der Finanzbehörde verrechnet werden kann, stellt sie nur einen **durchlaufenden Posten** dar. Für eine Unternehmung ist die Höhe des Umsatzsteuersatzes nebensächlich.

Im vorstehenden Beispiel sind folgende Steuerbeträge an das Finanzamt geflossen:

von Z 2,39 € (dem P in Rechnung gestellt 2,39 € ./.. Vorsteuer von 0,00 €)
 von P 7,19 € (dem G in Rechnung gestellt 9,58 € ./.. Vorsteuer des Z 2,39 €)
 von G 2,39 € (dem E in Rechnung gestellt 11,97 € ./.. Vorsteuer des P 9,58 €)
 von E 4,00 € (dem V in Rechnung gestellt 15,97 € ./.. Vorsteuer des G 11,97 €)

Nicht zu vernachlässigen sind jedoch Kapitalbindungseffekte und -kosten sowie negative Nachfrageeffekte dadurch, dass aufgrund einer Umsatzsteuer der Endpreis eines Produktes bzw. einer Leistung für den Verbraucher höher ist und also die Nachfrage nach dem Produkt sinkt (**Preis-Absatz-Funktion**).

Kritik zur Umsatzsteuer [Bearbeiten]

Die Umsatzsteuer birgt, wie jede andere Steuerform auch, Vor- und Nachteile in sich. Schon 1973 führte der **Bundesfinanzhof** zur Umsatzsteuer aus: „Die meisten **Verkehrssteuern** einschließlich der Umsatzsteuer haben keinen tieferen Sinn als den, dem Staat Geld zu bringen“.

Zeitliche Perspektive: Nicht zuletzt aufgrund des einfachen Erhebungsverfahrens ist die USt eine der schnellsten Möglichkeiten des Staates, an Geld zu kommen. Es ist zugleich vorteilhaft, eine periodische **Kongruenz** zwischen Markt und Fiskalfinanzierung herzustellen, die mess- und spürbar ist.

Administrative Effizienz: Die USt ist eine aus Sicht des Staates (nicht der Unternehmen) bürokratiearme Abgabe, die keiner Erhebungsverwaltung bedarf und sich auf Aufsicht beschränken lässt. Damit kommt vom Geld des Steuerzahlers mehr den Finanzierungszwecken zugute und ermöglicht eine maßvolle Steuerbelastung. Die Bürokratie, die der Staat einspart, ist dafür jedoch in den Unternehmen um so höher, da

diese alle einzeln ihre Umsatzsteuer abrechnen müssen. Insbesondere für kleine Unternehmen ist das eine im Verhältnis starke Belastung. Laut einem Bericht auf heise online [1] hat die Einführung der Mehrwertsteuer in den späten 1960er Jahren zur Gründung der DATEV geführt.

Selbststeuerung durch das Steuersubjekt: Die USt ermöglicht dem effektiv steuerbelasteten Endabnehmer eine Steuerung der Eigenbelastung, die bei direkten Steuern nicht möglich ist. Wenn er mehr Güter am Markt abnimmt, wird er stärker belastet, wenn er weniger in Anspruch nimmt, wird er proportional schwächer belastet.

Kein adaptiver Steuersatz: Der zugrundegelegte Steuersatz richtet sich nur nach dem konsumierten Gut, nicht nach dem Abnehmer. Somit ist es über die Mehrwertsteuer nicht möglich, einen sozialen Ausgleich zu schaffen, wie dies etwa über die Einkommensteuer geschieht. Hinzu kommt, dass niedrige Einkommen und Familien mit Kindern statistisch einen höheren Anteil des Einkommens in den direkten Konsum fließen lassen und damit über die Mehrwertsteuer überproportional belastet werden.

Auswirkung auf den Im- und Export: Die USt gilt nur innerhalb des jeweiligen Landes, sie wird also nicht für Exportprodukte erhoben. D. h. in der Praxis, dass das gesamte Exportvolumen nicht über die Mehrwertsteuer zur Staatsfinanzierung beiträgt. Importprodukte dagegen unterliegen der Umsatzsteuer. Je mehr sich ein Staat also über die USt finanziert, um so mehr stärkt er den eigenen Export gegenüber dem Binnen- und Importmarkt.

Konsumsteuer im Vergleich zur Faktorbesteuerung: Die USt besteuert das Konsumprodukt, also das Endprodukt des Produktionsprozesses. Die Lohnsteuer und die LNK (Lohnnebenkosten) dagegen verteuern die Produktentstehung, also die Produktionsfaktoren. Je nach der Schwerpunktsetzung haben die beiden Besteuerungsarten unterschiedliche Auswirkungen auf die Produktivkräfte einer Volkswirtschaft. Da die Arbeitskosten dadurch stark beeinflusst werden, hängt letzten Endes auch die Arbeitslosigkeit von der Wahl der Besteuerung und Abgabenerhebung ab.

Das gegenwärtige Umsatzsteuersystem ist sehr missbrauchsanfällig. So gehen dem Fiskus bspw. jährlich Milliarden durch so genannte Karussellgeschäfte verloren.

Unabhängig davon besitzt die Umsatzsteuer jedoch den Vorteil, dass sie auch bei Erträgen aus Schwarzarbeit und Schwarzgeld (bei beiden wird ja die direkte Besteuerung vermieden) anfällt. In einigen Ländern (z. B. Italien) gibt es eine starke Tendenz, direkte Steuern (z. B. die Einkommensteuer) zu senken und indirekte Steuern zu erhöhen.

Internationaler Vergleich [\[Bearbeiten\]](#)

Innerhalb der Europäischen Union ist die Umsatzsteuer aufgrund der 6. Mehrwertsteuer-Richtlinie relativ einheitlich geregelt. Jedes Land hat die Umsatzsteuer als Mehrwertsteuer ausgestaltet. Eine

konsolidierte (d. h. alle zwischenzeitlichen Änderungen durch weitere Richtlinien berücksichtigende) Fassung der 6. Mehrwertsteuer-Richtlinie ist [hier](#) zu finden.

Für die meisten EU-Mitgliedsländer sowie die meisten Staaten mit international verflochtenen Märkten stellt die USt eine Hauptfinanzierungsquelle dar. Sie ist mindestens gleichrangig mit den [direkt erhobenen Steuern](#) und gilt als das weitestgehende praktizierte moderne Finanzierungsinstrument.


Im Dezember 2007 einigten sich die EU-Finanzminister einen Systemwechsel bei der Umsatzsteuer von Dienstleistungen vorzunehmen. Künftig sollen grenzüberschreitende Dienstleistungen von 2010 an innerhalb der EU zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen nicht mehr im Ursprungsland, sondern im Bestimmungsland mehrwertsteuerpflichtig sein. ^[1]

Im internationalen Sprachgebrauch spricht man von VAT (Value added tax) oder seltener GST (*Goods and service tax*).

Bei dem folgenden Vergleich ist es wichtig, zu beachten, dass die USt in manchen Ländern nicht auf Basis des Nettobetrages, sondern auf Basis des Bruttobetrages berechnet wird. Beispiel: Im Bundesland [Rio Grande do Sul \(Brasilien\)](#) beträgt der Hauptumsatzsteuersatz 17 % (2005) vom Bruttobetrag (also inkl. USt). Nach der EU-Berechnungsmethode entspricht das einer USt von 20,48 %.

Für eine vollständige, positive Analyse müssen jedoch auch die Höhe der jeweiligen Einkommenssteuern betrachtet werden! (Wird die Arbeit (direkt) oder der Konsum (indirekt) von normalen bzw. Luxusgütern besteuert?)


Umsatzsteuer in EU-Ländern [\[Bearbeiten\]](#)

Land 	Steuersatz					Nullsatz möglich
	Normalsatz	Ermäßigter Satz	Dienstleistungen	Stark ermäßigter Satz	Zwischensatz	
Republik Zypern	15 %	–	8 %	5 %	–	ja
Luxemburg	15 %	6 %	–	3 %	12 %	nein
Spanien	16 %	7 %	–	4 %	–	nein
Vereinigtes Königreich	17,5 %	5 %	–	–	–	ja
Estland	18 %	5 %	–	–	–	ja
Lettland	19 %	5 %	–	–	–	ja
Malta	18 %	5 %	–	–	–	ja
Litauen	18 %	9 %	–	5 %	–	nein
Slowakei	19 %	–	–	–	–	nein
Deutschland	19 %	7 %	–	–	9 %	ja
Tschechien	19 %	9 %	–	–	–	nein
Rumänien	19 %	9 %	–	–	–	nein
Niederlande	19 %	6 %	–	–	–	nein
Griechenland	19 % (auf Inseln: 13 %)	9 % (auf Inseln: 6 %)	4,5 % (auf Inseln: 3 %)	–	–	ja

Frankreich	19,6 %	5,5 %	—	2,1 %	—	nein
Slowenien	20 %	8,5 %	—	—	—	nein
Italien	20 %	10 %	—	4 %	6 %	nein
Österreich	20 %	10 %	—	—	12 %	nein
Bulgarien	20 %	—	—	—	—	nein
Ungarn	20 %	—	—	5%	—	ja
	21 %					
Portugal	(Madeira und Azoren: 15 %)	12 %	—	5 %	—	nein
Belgien	21 %	6 %	—	—	12 %	ja
Irland	21 %	13,5 %	12%	4,4 %	—	ja
Polen	22 %	7 %	3 %	—	—	ja
Finnland	22 %	17 %	8 %	—	—	ja
Schweden	25 %	12 %	6 %	—	—	ja
Dänemark	25 %	—	—	—	—	ja


Stand: Februar 2007, ergänzt um die neuen EU-Staaten am 1. Januar 2007

Umsatzsteuer in Nicht-EU-Ländern [\[Bearbeiten\]](#)

Land 	Steuersatz	
	Allgemeiner Satz	Ermäßigter Satz
Albanien	20 %	0 %
Andorra	4 %	0 %
Argentinien	21 %	10,5 % oder 0 %
Australien	10 %	
Bosnien und Herzegowina	17 %	
Brasilien	17 %	
China	17 %	6 % oder 3 %
Färöer	25 %	0 %
Indien	12,5 %	4 %, 1 % oder 0 %
Island	24,5 %	14 %
Israel	15,5 %	
Japan	5 %	
Kanada	5 % (zzgl. 0–8 % je nach Provinz)	0 %
Kroatien	22 %	
Liechtenstein	7,6 % (ab voraussichtlich 2012: 6 %)	3,6 %, 2,4 % oder 0 %
Mazedonien	19 %	5 %
Mexiko	15 %	0 %
Montenegro	17 %	8 %
Neuseeland	12,5 %	
Norwegen	25 %	11 % oder 7 %
Russland	18 %	10 % oder 0 %
Schweiz	7,6 % (voraussichtlich ab 2012: 6.1 %)	3,6 %, 2,4 % oder 0 %
Serbien	18 %	8 % oder 0 %
Singapur	7 %	
Sri Lanka	15 %	
Südafrika	14 %	7 % oder 4 %
Südkorea	10 %	
Taiwan	5 %	

Thailand	7%	
Türkei	18 %	8 % oder 1 %
Ukraine	20 %	0 %
USA	je nach Staat div. Steuer-Formen (siehe Weblink) je nach Steuer-Form	
Venezuela	9 %	0 %

Vergleich 1976, 1987 und 2007 [\[Bearbeiten\]](#)

Land 	Steuersatz		
	Normalsatz 1976	Normalsatz 1987	Normalsatz 2007
Bundesrepublik Deutschland	11,0 %	14,0 %	19,0 %
Belgien	18,0 % (Luxus-Güter 25,0 %)	19,0 %	21,0 %
Dänemark	15,0 %	22,0 %	25,0 %
Frankreich	20,0 % (Luxus-Güter 33,33 %)	18,6 %	19,6 %
Vereinigtes Königreich	8,0 % (Luxus-Güter 25,0 %)	15,0 %	17,5 %
Irland	19,5 % (Luxus-Güter 36,75 %)	25,0 %	21,0 %
Italien	12,0 %	18,0 %	20,0 %
Niederlande	16,0 %	17,5 %	19,0 %
Norwegen	20,0 %	?	25,0 %
Österreich	18,0 % (Luxus-Güter 30,0 %)	18,0% (Luxus-Güter 32,0 %)	20,0 %
Schweden	17,65 %	23,46%	25,0 %

[Umsatzsteuerkonto](#)

[Umsatzsteuerverprobung](#)

[Umsatzsteuer-Identifikationsnummer](#)

[Innergemeinschaftliche Lieferung](#)

[Einzelnachweise](#) [\[Bearbeiten\]](#)

1. [↑ Ende des Luxemburger Mehrwertsteuer-Vorteils](#)

Weblinks [\[Bearbeiten\]](#)

[Umsatzsteuergesetz in der aktuellen Fassung](#)

[Beschreibung vom deutschen Bundesministerium der Finanzen](#)

[Die Umsatzsteuersätze in der EU – Stand: 16. Januar 2007](#)

[Forschungsbericht „Wirtschaftspsychologische Analyse einer Mehrwertsteuererhöhung auf den Konsum“](#)

[Umsatzsteuererhöhung](#) www.bund.de

[USA sales tax](#) www.taxadmin.org

Umsatzsteuer (Österreich)

Die **Umsatzsteuer** (USt) ist in [Österreich](#) eine Bundessteuer, d. h. der Bund hat die Steuerhoheit. Eine Aufteilung auf die [Bundesländer](#) wird jeweils neu verhandelt.

In Österreich gilt das im Zuge des EU-Beitritts beschlossene Bundesgesetz über die Besteuerung der Umsätze (Umsatzsteuergesetz 1994 - UStG 1994). Es setzt zum Großteil das von der [EU](#) mittels [Richtlinien](#) vorgegebene Umsatzsteuerrecht in nationales Recht um.

In Österreich sind alle Unternehmer mit einem Jahresumsatz höher als 30.000 Euro umsatzsteuerpflichtig und daher auch vorsteuerabzugsberechtigt. Alle darunter liegenden Umsätze sind auf Grund der Kleinunternehmerregelung steuerfrei, es sei denn der Kleinunternehmer optiert zur Umsatzsteuerpflicht. Für Unternehmen bestehen jedoch Ausnahmen z. B. für Banken und Versicherungen, Ärzte, verschiedene Kultureinrichtungen, die weder umsatzsteuerpflichtig noch vorsteuerabzugsberechtigt sind ("unechte Steuerbefreiung" § 6 Abs 1 UStG).

Die Umsatzsteuer für Lieferungen aus den übrigen EU-Ländern, für die Steuerpflicht im Inland besteht, wird als **Erwerbsteuer** bezeichnet. Für Waren aus anderen Ländern fällt die Einfuhrumsatzsteuer (EUST) an. Für beide Steuern gelten die Steuersätze der USt.

Auch gemeinnützige [Vereine](#) (ausgenommen Sportvereine) unterliegen prinzipiell der Umsatzsteuerpflicht. Werden allerdings längere Zeit keine Gewinne erzielt erlischt die Steuerpflicht und das Recht auf Vorsteuerabzug. Es gibt hier aber sehr viele Ausnahmeregelungen.

Inhaltsverzeichnis

[\[Verbergen\]](#)

[1 Umsatzsteueraufkommen](#)

[1.1 Steuersätze](#)

[2 Zahlungsverpflichtung](#)

[3 Historisches](#)

[4 Zukunft](#)

[5 Siehe auch](#)

[6 Weblinks](#)

Umsatzsteueraufkommen [\[Bearbeiten\]](#)

Im Jahr	Betrag in Mrd. Euro
2002	17,6
2003	16,5
2004	18,2
2005	19,1

Quelle: [Statistik Austria](#)

Steuersätze [\[Bearbeiten\]](#)

Das österreichische Steuerrecht verwendet ausschließlich den Begriff Umsatzsteuer und sieht derzeit ebenfalls zwei Steuersätze vor, und zwar 20 % und den ermäßigten von 10 %. Der ermäßigte Steuersatz wird u. a. bei [Lebensmitteln](#), [Büchern](#), Personentransport, Kulturveranstaltungen angewandt.

In speziellen Fällen, wie beim Ab-Hof-Verkauf von [Wein](#) beträgt der Steuersatz 12 %.

Weiters gibt es den ermäßigten Steuersatz von 19 %. Dieser gilt allerdings nur in den Gemeinden [Jungholz \(Tirol\)](#) und [Mittelberg \(Vorarlberg\)](#), da diese Gemeinden zollrechtlich zu Deutschland gehören.

Keine Umsatzsteuer gibt es für den Kauf von [Grundstücken](#). Diese unterliegen der [Grunderwerbsteuer](#).

Zahlungsverpflichtung [\[Bearbeiten\]](#)

Die Vorauszahlung der Umsatzsteuer an das Finanzamt ist spätestens 45 Tage nach Entstehen der Steuerschuld zu leisten. Die Steuerschuld gegenüber dem Finanzamt entsteht je nach dem ob bei dem Unternehmen Soll- oder Istbesteuerung Anwendung findet.

Historisches [\[Bearbeiten\]](#)

Die Umsatzsteuer löste am 1. Januar 1973 die vorher übliche Mehrwertsteuer ab, die 5,5 % und 2 % im Großhandel betrug. Die erstmals erhobenen Steuersätze waren 16 % bzw. 8 %. Später wurde sie auf 18 % erhöht, die ermäßigte verblieb bei 8 %. Dafür wurde aber ein dritter Steuersatz mit 32 % festgesetzt. Diese (umgangssprachlich) *Luxussteuer* wurde für [Autos](#), [Fotoartikel](#), [Stereoanlagen](#) oder andere Produkte erhoben. Erst in den 1990er Jahren wurden die Steuersätze vereinheitlicht auf 20 % und 10 %, die bis heute gelten. Allerdings wurde für [Kraftfahrzeuge](#) als Ersatz die [Normverbrauchsabgabe](#) (Nova) eingeführt.

Zukunft [\[Bearbeiten\]](#)

In Österreich wird seit einiger Zeit an eine Lösung gedacht, bei der der Abzug der [Vorsteuer](#) hinfällig werden soll. Fällig soll die Umsatzsteuer erst beim Verkauf an den Endverbraucher werden, der ja eigentlich die gesamte Steuerlast tragen soll. Jeder Verkauf zwischen Unternehmen untereinander soll nur auf Nettobasis erfolgen, womit ein Geldfluss zum und vom Finanzamt ausgewichen werden kann. Probleme bereitet dabei aber der Nachweis, ob es sich beim Käufer tatsächlich um ein Unternehmen handelt. Dies könnte beispielsweise über eine Taxcard o. ä. erfolgen. Damit will man den steigenden Vorsteuerbetrugsfällen Einhalt gebieten und die Steuerausfälle bei [Insolvenz](#) gering halten. Dazu sind aber Ausnahmeregelungen der EU notwendig. 2002 erhielten alle Unternehmen wie schon im Binnenmarkt üblich eine [UID-Nummer](#), die nun als Formvorschrift auf allen Rechnungen angeführt werden muss. Für Bauleistungen, Sicherungsübereignung u. ä. wird bereits ein Übergang der Steuerschuld auf den Empfänger gesetzlich normiert; d. h. die Rechnung ist netto mit Hinweis auf den Übergang der Steuerschuld auszustellen.

Lebensmittel

Lebensmittel (früher auch: [Viktualien](#)) sind Stoffe und Produkte, die vom Menschen zum Zwecke der [Ernährung](#) und/oder des [Genusses](#) durch den Mund aufgenommen werden, ggf. nach vorheriger Zubereitung. Dazu gehören [Nahrungsmittel](#), [Genussmittel](#), [Lebensmittelzusatzstoffe](#) und [Nahrungsergänzungsmittel](#).

Eine lebensmittelrechtliche Definition liefert die EU-Basis-Verordnung [Lebensmittelrecht \(VO\(EG\)178/2002\)](#) wie folgt:

Lebensmittel sind alle Stoffe oder Erzeugnisse, die dazu bestimmt sind oder von denen nach vernünftigem Ermessen erwartet werden kann, dass sie in verarbeitetem, teilweise verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand von Menschen aufgenommen werden (Artikel 2).

Zu Lebensmitteln zählen auch Getränke, Kaugummi sowie alle Stoffe, einschließlich Wasser, die dem Lebensmittel bei seiner Herstellung oder Be- oder Verarbeitung absichtlich zugesetzt werden.

Nach der EU-Basis-Verordnung gehören *nicht* zu den Lebensmitteln:

- [Futtermittel](#),
- lebende Tiere, soweit sie nicht für das [Inverkehrbringen](#) zum menschlichen Verzehr hergerichtet worden sind,
- [Pflanzen](#) vor dem Ernten,
- [Arzneimittel](#),
- kosmetische Mittel,
- [Tabak](#) und Tabakerzeugnisse,
- [Betäubungsmittel](#) und psychotrope Stoffe,
- Rückstände und [Kontaminanten](#).



Inhaltsverzeichnis

[\[Verbergen\]](#)

[1 Nährwert](#)

[1.1 Energieträger](#)

[1.2 Nicht-energieliefernde Nahrungsbestandteile](#)

[1.2.1 Wirkstoffe](#)

[1.2.2 Weitere mögliche Lebensmittelbestandteile](#)

[2 Genusswert von Lebensmitteln](#)

[3 Lebensmittelgruppen](#)

[4 Lebensmittelrecht](#)

[5 Sonderfall/Kritik: Der spezielle Lebensmittelbegriff in der Vollwerternährung](#)

[6 Siehe auch](#)

[7 Quellen](#)

[8 Weblinks](#)

[8.1 Staatliche Stellen oder diesen nahestehend](#)

[8.2 Interessensverbände](#)

[8.3 Weitere Links](#)

Nährwert [\[Bearbeiten\]](#)

Der **Nährwert** ist der zentrale Nutzen von Nahrungsmitteln. Er ist ein Maß, um den physiologischen Brennwert eines Lebensmittels zu qualifizieren und quantifizieren. Meist fasst man unter dem Begriff Nährwert nur den Brennwert, also die dem Körper zur Verfügung gestellte Energie, zusammen.

Energieträger [\[Bearbeiten\]](#)

Nahrungsinhaltsstoffe, die dem Körper Energie und zum Teil nach erfolgtem Umbau im Körper auch Bausteine für Wachstum und Körpererneuerung liefern. Zu diesen Grundnährstoffen gehören Proteine, Fette und Kohlenhydrate. Diese Komponenten der einzelnen Lebensmittel liefern dem Körper in erster Linie Energie. Sie werden deshalb auch als Brennstoffe bezeichnet.

[Kohlenhydrate](#) und [Proteine](#) liefern je 17,2 kJ/g und
[Fette](#) 36,9 kJ/g

Nicht-energieliefernde Nahrungsbestandteile [\[Bearbeiten\]](#)

[Ballaststoffe](#), mit hohem unverdaulichen Anteil, wie z. B. [Zellulose](#)
[Mineralstoffe](#) werden vor allem für die [Erregungsleitung](#), [Elektrolyte](#) und die Knochenstruktur benötigt.

[Wasser](#) (H₂O) Wasser erfüllt wichtige Transport- und Elektrolytfunktionen in den Zellen und den [Blutgefäßen](#).

Wirkstoffe [\[Bearbeiten\]](#)

Ebenfalls zu den nicht-energieliefernden Nährstoffen zählt man die Wirkstoffe. Sie sind meist [essentiell](#).

[Vitamine](#)

sekundäre Pflanzenstoffe

Spurenelemente

Vitamine und Spurenelemente wirken oft als [Coenzyme](#).

Weitere mögliche Lebensmittelbestandteile [\[Bearbeiten\]](#)

[Aromastoffe](#)

Diese regen den Appetit und die Verdauung an.

[Geschmackstoffe](#)

[Lebensmittelzusatzstoffe](#)

Genusswert von Lebensmitteln [\[Bearbeiten\]](#)

Neben dem Nährwert spielt der Genusswert der Lebensmittel eine wesentliche Rolle. Basis für den Genuss sind neben kulturellen Faktoren auch sensorische [Wahrnehmungen](#) mit den menschlichen [Sinnen](#).

Lebensmittelgruppen [\[Bearbeiten\]](#)

Lebensmittel lassen sich je nach Standpunkt und Zweck der Einteilung gliedern nach Inhaltsstoffen, Verarbeitungsprozessen, Verzehranlass, Kühlungsbedarf u.a.m. Eine häufig anzutreffende Gliederungsart teilt die Lebensmittel nach dem Ursprung der Rohwaren in tierische und pflanzliche sowie sonstige Produkte.

Produkte pflanzlichen Ursprungs

[Gemüse](#), [Kartoffeln](#), [Hülsenfrüchte](#)

[Obst](#)

[Pilze](#)

Brot und [Backwaren](#)

Getreidetrockenprodukte: [Mehl](#), Nahrungsmittel ([Reis](#), [Stärke](#), [Grieß](#), [Graupen](#)),
[Nudeln](#)

Pflanzliche [Speiseöle](#) und -fette (z.B. [Margarine](#))

[Süßwaren](#) ([Honig](#), [Marmelade](#), [Schokolade](#), [Sirup](#), [Zucker](#) u. a.)

[Gewürze](#)

Salzgebäck und Snacks u.a.m.

Produkte tierischen Ursprungs

[Eier](#)

[Fleisch](#) und [Wurstwaren](#)

[Milchprodukte](#) ([Butter](#), [Joghurt](#), [Käse](#), [Milch](#), [Quark](#), [Sahne](#), [Speiseeis](#) u. a.)

Fisch

u.a.m.

Getränke

Alkoholfreie Getränke: Mineralwasser, Wasser,

Erfrischungsgetränke, Säfte, Heißgetränke (Kaffee, Tee, Kakao)

Alkoholische Getränke: Bier, Wein und Sekt, Spirituosen, Mischgetränke

Sonstiges

Salz (mineralisch)

Weiterverarbeitete Produkte in Form von Konserven, Fertiggerichten,

Convenience-Produkten sowie: Suppen, Saucen, Bouillons

Als Basis für Ernährungsstudien pflegt die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel einen so genannten Bundeslebensmittelschlüssel als Lebensmittel Nährwertdatenbank.

Lebensmittelrecht [Bearbeiten]

Hauptartikel: Lebensmittelrecht

Das Lebensmittelrecht regelt durch zahlreiche nationale und europäische Gesetze und Verordnungen die Herstellung, die Kennzeichnung und den Verkauf von Lebensmitteln in Deutschland und Europa. Es wird angestrebt, das Lebensmittelrecht EU-weit^[1] zu harmonisieren. Die wichtigsten Regelwerke sind:

Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB)

Lebensmittelkennzeichnungs-Verordnung, (LMKV)

Verordnungen des EU-Lebensmittelhygienepaketes^[2]; früher:

Lebensmittelhygiene-Verordnung, (LMHV)

Zusatzstoffzulassungs-Verordnung, (ZZuIV)

Eichgesetz

Regeln "zum Schutz und zur Aufwertung von besonderen

Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln mit
Herkunftsbezeichnung".

Health-Claims-Verordnung

Anreicherungsverordnung

Sonderfall/Kritik: Der spezielle Lebensmittelbegriff in der Vollwerternährung [Bearbeiten]

Während das deutsche Lebensmittelrecht nur den Begriff „Lebensmittel“ kennt, wird im Kontext der so genannten **Vollwerternährung** auf spezielle Weise zwischen Lebens- und Nahrungsmitteln unterschieden. Dort werden als Lebensmittel nur solche Nahrungsmittel bezeichnet, die nicht **konserviert** und insbesondere nicht über 43 °C erhitzt wurden. Durch das Erhitzen können wichtige Nahrungsbestandteile (wie **Vitamine** etc.) zerstört werden; das Nahrungsmittel „lebt“ dann nach der Vorstellung der Vollwerternährung nicht mehr und wird deshalb geringerwertig als „Nahrungsmittel“ eingestuft.